

Stenographisches Protokoll.

54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 11. Juni 1947.

Inhalt.

1. Personalien.

- a) Krankmeldung (S. 1474);
- b) Entschuldigungen (S. 1474);
- c) Krankenurlaub (S. 1474);
- d) Beurlaubungen (S. 1474).

2. Bundesregierung.

- a) Erklärung des Bundeskanzlers Ing. Dr. h. c. Figl zu den Besprechungen mit dem Abgeordneten Fischer (S. 1475);
Debatte:
Redner: Fischer (S. 1475), Dr. Koref (S. 1482) und Ing. Raab (S. 1486).
- b) Schriftliche Beantwortung der Anfragen 73/J, 4/J, 86/J, 87/J, 89/J, 90/J und 92/J bis 94/J, sowie ergänzende Beantwortung der Anfragen 59/J und 69/J. (S. 1474).

3. Ausschüsse.

- a) Zuweisung des Antrages 86/A (S. 1474);
- b) Wahl eines Ausschusses für Verwaltungsreform (S. 1492).

4. Regierungsvorlagen.

- a) Familienunterhaltsgesetz-Novelle 1947 (378 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1474);
- b) Bundesgesetz, womit das Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetz abgeändert wird (379 d. B.) — Ausschuß für Handel und Wiederaufbau (S. 1474);
- c) Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 25. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 154, über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung abgeändert wird (380 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1474);
- d) Bundesgesetz, betreffend Abänderung des Zollüberleitungsgesetzes (381 d. B.) — Zollausschuß (S. 1474);
- e) Bundesgesetz über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte (385 d. B.) — Justizausschuß (S. 1474);
- f) Bundesgesetz, womit das Arbeitslosenfürsorgegesetz abgeändert wird (386 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1474);
- g) Bundesgesetz, womit das Dritte Rückstellungsgesetz abgeändert wird (387 d. B.) (S. 1474). — Ausschuß für Vermögenssicherung (S. 1475);
- h) Bundesgesetz, betreffend eine Erhöhung der Biersteuer und die Ertragsbeteiligung der Länder und der Stadt Wien (388 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1474);
- i) Weinsteuernovelle 1947 (389 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1474);
- j) Bundesgesetz, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 161, über prozeß- und exekutionsrechtliche Sonderbestimmungen für schutzwürdige Unternehmungen (390 d. B.) — Ausschuß für Handel und Wiederaufbau (S. 1474);

5. Rechnungshof.

Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1946 (391 d. B.) (S. 1474). — Zuweisung an den Rechnungshofausschuß (S. 1475).

6. Verhandlungen.

- a) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (298 d. B.), betreffend die Wasserrechtsnovelle 1947 (368 d. B.).
Berichtersteller: Handel (S. 1488);
Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 1489).
- b) Bericht des Ausschusses für Handel und Wiederaufbau über die Regierungsvorlage (354 d. B.), betreffend das Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz (375 d. B.).
Berichtersteller: Dr. Kolb (S. 1489);
Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 1489).
- c) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (367 d. B.), betreffend das Vorläufige Abgabenrechtsmittelgesetz (376 d. B.).
Berichtersteller: Müllner (S. 1489);
Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 1489).
- d) Bericht und Antrag des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 1. September 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 1685, über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels (377 d. B.).
Berichtersteller: Dr. Margaretha (S. 1489);
Redner: Elser (S. 1490) und Dr. Pittermann (S. 1491);
Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 1491).
- e) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (359 d. B.), betreffend die Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle 1947 (382 d. B.).
Berichtersteller: Dr. Gschnitzer (S. 1492);
Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 1492).

In der Sitzung eingebrachte Anträge und Anfragen:

Anträge

- der Abgeordneten Hans, Dr. Nadine Paunovic, Frisch, Grubhofer, Dengler und Genossen auf Schaffung eines Bundesgesetzes über die Errichtung eines „Österreichischen Jugenderholungswerkes“ (87/A);
- der Abgeordneten Ludwig, Dr. Pittermann, Fischer und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Durchführung der Verwaltungsreform (88/A);
- der Abgeordneten Müllner, Frieda Mikola, Dengler, Geißlinger und Genossen auf Schaffung einer Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste (89/A).

Anfragen

- der Abgeordneten Tazreiter, Mayrhofer, Seid Schweinhammer, Griesner, Pötsch und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die bäuerlichen Unterstützungsvereine (97/J);

der Abgeordneten Gierlinger und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend eine statistische Einwohnermeldung im Bezirke Rohrbach (98/J).

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Aigner und Genossen (56/A.B. zu 84/J);

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Scharf und Genossen (57/A.B. zu 90/J);

des Bundesministers für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung auf die Anfrage der Abgeordneten Appel und Genossen (58/A.B. zu 89/J);

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Horn und Genossen (59/A.B. zu 92/J);

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Gumplmayr und Genossen (60/A.B. zu 86/J);

des Bundesministers für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Waldbrunner und Genossen (61/A.B. zu 73/J);

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Appel und Genossen (62/A.B. zu 94/J);

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Aigner und Genossen (63/A.B. zu 87/J);

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Hinterleithner und Genossen (64/A.B. zu 93/J);

ferner die ergänzende Antwort

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfragen der Abgeordneten Wedenig und Genossen sowie Walcher und Genossen (zu 49 und 44/A.B. zu 59 und 69/J).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.

Präsident Kunschak eröffnet die Sitzung und erklärt das stenographische Protokoll der 51. und 52. Sitzung als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scheff.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Böhm, Gföller, Dr. Migsch, Spielbüchler, Brunner und Scheibeneif.

Dem Abgeordneten Ing. Schumy wurde ein dreiwöchiger Krankenurlaub erteilt. Den Abgeordneten Petschnik und Rosenberger wird ein sechswöchiger Urlaub bewilligt.

Der Antrag 86/A wird dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen 73/J, 84/J, 86/J, 87/J, 89/J 90/J und 92/J bis 94/J sowie die ergänzende Beantwortung der Anfragen 59/J und 69/J wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 24. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 106, über die Einschränkung des Familienunterhaltes abgeändert wird (Familienunterhaltsgesetz-Novelle 1947) (378 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetz vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 47/1947, abgeändert wird (379 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 25. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 154, über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung abgeändert wird (380 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 18. Juni 1946, B. G. Bl. Nr. 127, über die Wiederinkraftsetzung der

österreichischen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Zölle (Zollüberleitungsgesetz) (381 d. B.);

Bundesgesetz über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte (385 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 15. Mai 1946, B. G. Bl. Nr. 97, über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge (Arbeitslosenfürsorgegesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 14/47, abgeändert wird (386 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Dritte Rückstellungsgesetz abgeändert wird (387 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend eine Erhöhung der Biersteuer und die Ertragsbeteiligung der Länder und der Stadt Wien (388 d. B.);

Bundesgesetz über Änderungen des Weinsteuergesetzes (Weinsteuernovelle 1947) (389 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 161, über prozeß- und exekutionsrechtliche Sonderbestimmungen für schutzwürdige Unternehmungen (390 d. B.).

Ferner ist eingelangt der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1946 (391 d. B.).

Es werden zugewiesen:

378 und 386 d. B. dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

379 und 390 d. B. dem Ausschuß für Handel und Wiederaufbau;

380, 388 und 389 d. B. dem Finanz- und Budgetausschuß;

381 d. B. dem Zollausschuß;

385 d. B. dem Justizausschuß;

387 d. B. dem Ausschuß für Vermögenssicherung;

391 d. B. dem Rechnungshofausschuß.

Präsident: Zu einer Erklärung hat sich der Herr Bundeskanzler zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Ing. Dr. h. c. **Figl:** Hohes Haus! Zu den Verhandlungen in den letzten Tagen sehe ich mich veranlaßt, dem Hohen Haus folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Ich stelle zunächst fest, daß keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben, daß es sich vielmehr um die Entgegennahme der Meinungsäußerungen des Herrn Abgeordneten Fischer im Rahmen einer rein privaten Zusammenkunft handelte, die nicht von mir angeregt, sondern um die ich seit längerer Zeit wiederholt eindringlich gebeten wurde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein Regierungschef Anregungen zu verstärkter Zusammenarbeit anhört.

Bei dieser Zusammenkunft wurde seitens des Abgeordneten Fischer zu meiner Überraschung eine Gesamtänderung der Regierungspolitik und der Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung als notwendig hingestellt, um gewisse Fortschritte zu erreichen. Dabei wurden von dem Herrn Abgeordneten Fischer Persönlichkeiten der gegenwärtigen Regierung genannt, die für die kommunistische Partei nicht tragbar seien, und auch solche, deren Eintritt in die Regierung sie gerne sehen würde.

Es ist selbstverständlich, daß solche Vorschläge weit über den Rahmen einer informativen Aussprache hinausgingen und von mir abgelehnt wurden. Ich ließ daher den Herrn Abgeordneten Fischer nicht im Zweifel, daß eine Änderung des bisherigen Kurses in Österreich und der Form der Zusammenarbeit aller, die Österreich ehrlich wollen, nicht eintreten werde. Unser bisheriger unermüdlicher Kampf für die Freiheit, Selbstständigkeit und wirtschaftliche Wohlfahrt Österreichs wird mit verstärkter Energie weitergeführt. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann zum Worte gemeldet.

Abg. Dr. **Pittermann:** Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen.

*

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. **Fischer:** Hohes Haus! Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers erscheint mir in jeder Hinsicht unbefriedigend, und ich kann meine Überraschung nicht verhehlen, daß ein führender Mann, der führende Mann der österreichischen Regierung, in einer solchen Situation nicht voll und ganz zu den Worten steht, die er gesagt hat. Ich möchte mich nicht in irgendeine Polemik einlassen; es ist in diesen letzten Tagen sehr viel polemisiert worden. Ich möchte vielmehr ganz kurz und sachlich darstellen, was sich ereignet hat, und ich werde schließlich den Antrag stellen, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, damit diese gesamte Frage aus der Atmosphäre von Polemik, von Agitation, von einander widersprechenden Erklärungen in den Zeitungen herausgehoben wird und von einem absolut objektiven Forum klar und eindeutig festgestellt wird, was sich wirklich ereignete, damit das ganze Volk nicht nur von dieser und von jener Seite, sondern eben von einer solchen objektiven Kommission die volle und ganze Wahrheit und sonst nichts erfährt.

Wie ist es zu diesen informativen Besprechungen gekommen? Es war unmittelbar nach der Parlamentssitzung, in der der Außenminister Dr. Gruber den Bericht über die Moskauer Konferenz erstattet hat, als ich beim Hinausgehen aus dem Parlament den Abgeordneten Kristofics-Binder — ich glaube, in seiner Gesellschaft war der Herr Minister Heind und noch ein Abgeordneter, ich kann es nicht mehr mit Bestimmtheit sagen — getroffen und ihn gefragt habe: Wie soll das weitergehen? Wie soll Österreich aus dieser Situation herauskommen? Das war alles. Es war ein hingeworfenes Wort, und ich bin weitergegangen. An demselben Nachmittag oder am nächsten Tag — ich kann es nicht mehr sicher sagen — hat mich der Herr Abgeordnete Kristofics-Binder angerufen und mir gesagt, er habe diese meine im Vorbeigehen gestellte Frage dem Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, dem Abgeordneten Ing. Raab, mitgeteilt, und er fragte mich, ob ich bereit sei, mit dem Abgeordneten Raab zu einer informativen Aussprache über die gesamte politische Situation in Österreich zusammenzukommen. Ich habe geantwortet, daß ich dazu selbstverständlich bereit bin. Ich habe in den nächsten Tagen in der Sitzung des Verfassungsausschusses den Abgeordneten Raab getroffen und ihm gesagt, daß mich der Abgeordnete Kristofics-Binder angerufen und mir telephonisch diesen Vorschlag gemacht hat (Abg. Hans: In der „Volksstimme“ steht es anders!) und daß ich selbstverständlich bereit sei, mit dem Abgeordneten Raab zu

sprechen. Ich wurde zu einer Zusammenkunft in die Wohnung des Abgeordneten Kristofics-Binder eingeladen, der sozusagen der Arrangeur dieser ganzen Sache war. Bei dieser Zusammenkunft waren anwesend die Abgeordneten Kristofics-Binder, Ing. Raab, Minister Heini und Präsident Dr. Gorbach. Ich habe mich bei meiner ersten, in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung nicht daran erinnert, daß auch Präsident Dr. Gorbach an dieser Konferenz teilgenommen hat.

In dieser Besprechung, in der von beiden Seiten von vorneherein festgestellt wurde, daß es sich um eine rein informative Aussprache handelt, wurden mir von den Herren der Österreichischen Volkspartei in sehr ernster und ruhiger Weise die ungeheuren Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Situation dargestellt, in denen sich Österreich befindet. Es wurde dort über die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kohle sowie davon gesprochen, daß die Ernährungskrise in der nächsten Zeit wahrscheinlich nicht zu bessern sein werde, es wurde sehr viel und sehr eingehend über die Frage der Währung, der Preise und der Löhne gesprochen, und der Herr Abgeordnete Raab hat dort erklärt — wie übrigens in ähnlicher Form schon einige Tage vorher in der Sitzung des Verfassungsausschusses —: Wenn es nicht in absehbarer Zeit, in den nächsten Wochen und Monaten, zu einer Wendung in Österreich kommt, wenn es nicht gelingt, aus diesen ungeheuerlichen Schwierigkeiten herauszukommen und in einer Reihe von Fragen eine Änderung zu erreichen, dann gehe nach seiner Meinung Österreich einer Katastrophe entgegen, dann werde der kommende Winter noch viel schrecklicher sein als der vergangene. Ich erinnere mich nicht an jedes Wort, das der Herr Abgeordnete Ing. Raab gesagt hat, denn es war eine Unterredung von vielen Stunden. Aber ein Ausspruch hat tiefen Eindruck auf mich gemacht, nämlich, daß der Herr Abgeordnete Raab in dieser Unterredung gesagt hat: Wenn es nicht gelingt, eine solche Änderung herbeizuführen — dann Kreuz über Österreich! (Bewegung.)

Es wurde ferner davon gesprochen — ich kann mich jetzt nicht entsinnen, ob ausgelöst durch eine Frage von mir oder unmittelbar durch den Herrn Abgeordneten Raab oder einen anderen Teilnehmer —, daß sich in einigen Bundesländern Österreichs starke separatistische Tendenzen bemerkbar machen. Abgeordneter Ing. Raab hat in dieser Unterredung diese Dinge sehr ernst genommen, allerdings hinzugefügt, daß solche Erscheinungen in Oberösterreich in keiner Weise

vorhanden seien, daß es in Salzburg in dieser Hinsicht nur sehr unernste Spielereien am Rande gäbe, daß aber in den westlichsten Bundesländern solche Vorgänge etwas ernster zu nehmen seien. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, daß alles geschehen müsse, um die Einheit Österreichs unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, unter allen Umständen zu garantieren.

Im weiteren Verlauf der Unterredung — ich weiß nicht, ob ich alles in der richtigen Reihenfolge darstelle, denn ich habe kein Protokoll darüber gemacht — wurde die Frage aufgeworfen, ob die Regierung personell den Anforderungen der Zeit entspreche. Der Herr Abgeordnete Ing. Raab sagte, daß eine Umbildung der Regierung, eine Auswechslung einiger Minister nicht ausgeschlossen sei. Ich habe hinzugefügt, daß ich der Meinung sei — wenn man schon informativ und offen miteinander spricht —, daß die Auswechslung einiger Minister angesichts der derzeitigen Situation wahrscheinlich nichts ändern wird, daß man sich vielmehr klar darüber sein müsse, daß die Regierung in den breitesten Kreisen des Volkes an Vertrauen verloren habe. Abgeordneter Raab meinte — wenn ich mich recht erinnere —, das sei übertrieben, richtig aber sei, daß die Regierung personell in manchen ihrer Ressorts nicht den Anforderungen entspreche. Es wurde nun — aber wirklich vollkommen en passant, wie man eben Namen Revue passieren läßt — eine ganze Reihe von Namen genannt, wer eventuell in die Regierung eintreten könnte. Ich wiederhole nochmals: es war ein rein informatives Gespräch und es wurden weder von meiner Seite noch von Seiten der Österreichischen Volkspartei irgendwelche konkrete Vorschläge gemacht. Ich bin auch gerne bereit, hier einige Namen zu nennen, die damals in die Diskussion geworfen wurden. Es wurden unter anderen die Namen Dobretsberger, Taucher, Gleißner, Machold, dann — ich glaube mich recht zu erinnern — Dr. Koref (Zwischenruf: Fischer!) — davon werde ich sofort sprechen —, weiter glaube ich auch noch der Name Popp in die Diskussion geworfen. Ich kann mich nicht erinnern, welche Namen noch genannt wurden. (Heiterkeit bei der Österreichischen Volkspartei.)

Der Herr Abgeordnete Raab hat mich gefragt, ob ich grundsätzlich bereit wäre, in eine Regierung der Konzentration aller Kräfte einzutreten. Ich habe diese Bereitschaft grundsätzlich nicht abgelehnt, grundsätzlich nicht nein gesagt. (Abg. Weinberger: Im Gegenteil! — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich habe dann die Frage gestellt, ob man mit den Sozialisten darüber schon gesprochen habe. Abgeordneter Raab hat erwidert, das sei nicht der Fall gewesen, selbstverständlich werde man aber mit den Sozialisten über alle diese Fragen sprechen, weil es jedem vernünftigen Politiker in Österreich klar ist, daß es eine lächerliche Vorstellung wäre, ohne die Sozialisten oder hinter dem Rücken der Sozialisten irgend eine Änderung in Österreich herbeizuführen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ohne oder gegen den Willen der Sozialisten in Österreich überhaupt nichts durchzusetzen ist.

Der Herr Abgeordnete Raab erklärte, er werde selbstverständlich mit der Sozialistischen Partei Fühlung nehmen, und es wurde in dieser Unterredung sogar in Erwägung gezogen, ob man nicht eine nächste Zusammenkunft zu dritt machen solle, ob nicht eine eventuelle nächste Zusammenkunft stattfinden solle, wobei die Sozialistische Partei aufgefordert werden würde, einen, zwei oder drei, nicht Unterhändler, sondern Männer für eine rein informative Aussprache teilnehmen zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Raab hat schließlich an mich die Frage gestellt, ob ich etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn vielleicht an einer nächsten informativen Zusammenkunft der Herr Bundeskanzler Figl teilnehmen würde. Ich habe geantwortet, daß ich dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden habe. (Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Wir gingen ohne irgend ein positives Ergebnis auseinander. Das konnte bei einer solchen Unterredung auch gar nicht herauskommen, denn es war — wie ich wiederhole — eine rein informative Besprechung, bei der ich allerdings den Eindruck hatte, daß in breiteren Kreisen der Österreichischen Volkspartei das Gefühl vorhanden ist, daß Österreich in eine Sackgasse geraten ist, daß es wirklich notwendig ist, zu einer Änderung der Politik zu kommen, daß man den Versuch unternehmen müsse, in Österreich eine stärkere Zusammenarbeit zu garantieren.

Es vergingen viele Tage ohne irgend eine weitere Verständigung, und — ich sage es offen — ich hatte den Eindruck, es war nur ein Gespräch, wie es eben Gespräche unter Politikern gibt, die überhaupt nicht die geringste weitere Folge haben.

Ich wurde dann abermals vom Abgeordneten Kristofics-Binder angerufen, und er fragte mich, ob ich zu einer weiteren Zusammenkunft bereit sei und ob ich etwas dagegen hätte, wenn der Bundeskanzler an

dieser zweiten Zusammenkunft teilnimmt. Ich möchte hier einflechten: ich wundere mich wirklich, daß der Bundeskanzler eine seiner Stellung nicht entsprechende Behauptung aufstellt, ich hätte seit einem Jahr eine gesellschaftliche Zusammenkunft mit ihm gesucht. Das ist absolut unsinnig, absolut lächerlich; das entspricht nicht den Tatsachen.

Bei dieser zweiten Zusammenkunft waren anwesend der Herr Bundeskanzler, sein Sekretär Dr. Dorrek, der Landwirtschaftsminister Kraus und der Abgeordnete Kristofics-Binder. Ich war einen Augenblick verwundert, daß keiner von den übrigen Herren, die an der ersten Aussprache teilgenommen hatten, dieser zweiten Aussprache zugezogen waren, sondern daß plötzlich ganz neue Politiker zu einer solchen Aussprache erschienen waren. Ich war erstaunt, daß der Herr Bundeskanzler seinen Sekretär zu dieser Aussprache, die eine rein informative, private Aussprache war, mitgenommen hatte. Auch diese zweite Aussprache hat einige Stunden gedauert, und es ist mir ebenso unmöglich wie bei der ersten, die genaue Reihenfolge der Dinge, die besprochen wurden, darzustellen. Ich will nur das Wichtigste aus dieser Aussprache herausgreifen.

Der Herr Bundeskanzler hat in dieser Aussprache unter anderem gefragt, unter welchen Bedingungen ich bereit wäre, in eine Regierung einzutreten, unter welchen Bedingungen meine Partei zu einer verstärkten Anteilnahme an der Regierung bereit wäre. Er hat weiter gefragt, ob nach meiner Meinung die Auswechslung einiger Minister genügen würde, ob dies eine genügende Voraussetzung wäre, um in die Regierung verstärkt einzutreten. Ich habe erwidert, daß nach meiner Auffassung die Situation in Österreich heute so ernst ist, daß so schwere und so große Aufgaben zu lösen sind, daß irgendeine kleine personelle Änderung, irgendeine partielle Umbildung der Regierung wahrscheinlich an der Situation nichts ändern würde. Ich habe darauf hingewiesen, daß nach meiner Auffassung die Regierung in breiten Kreisen des Volkes das Vertrauen verloren habe. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß meiner Meinung nach die sehr ernste Situation in Österreich entstanden sei, daß viele, viele Menschen, vor allem die junge Generation, kein Vertrauen zur Demokratie gewonnen haben, daß dies eine Frage sei, die weit über solche Aussprachen hinausgehe, die uns alle beschäftigen müsse: Wie kann man alle jene Menschen, die noch nie die Demokratie kennengelernt haben, wirklich zur Mitarbeit und zum Glauben an die Demokratie heranziehen?

Ich habe schließlich und endlich darauf hingewiesen, daß nach meiner Auffassung noch viel ernstere Dinge im österreichischen Volk vor sich gehen, daß heute die Gefahr besteht, daß mehr und mehr Menschen in Österreich beginnen, den Glauben an die eigene Kraft und den Glauben an die Zukunft Österreichs zu verlieren. Ich habe in dieser Unterredung einige Beispiele von Ingenieuren und Ärzten genannt, die mir persönlich bekannt sind, die noch vor einem Jahr überzeugt waren, man werde mit Anspannung aller Kräfte aus der Situation herauskommen. Mit diesen Herren war ich vor kurzer Zeit beisammen, und sie haben mir erklärt, es habe doch alles gar keinen Sinn, das Beste wäre, aus Österreich auszuwandern. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn eine solche Stimmung weiter überhandnehmen würde, wenn ein Volk anfangen würde, an seinen eigenen Kräften zu verzweifeln, dann auch Riesenanstrengungen wahrscheinlich nicht mehr imstande wären, eine Wendung herbeizuführen. Ich glaube mich recht zu erinnern, daß ich den Ausdruck gebraucht habe, es sei eine Initialzündung notwendig, um neuerlich das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, um das Volk aufzurütteln, um dem Volk einen Weg und ein Ziel zu zeigen und ihm das Gefühl zu geben, das es sich lohnt, alle Kräfte anzuspannen und zusammenzufassen.

Der Herr Bundeskanzler Figl hat mich gefragt: Sie sind also der Meinung, daß die gesamte Regierung zurücktreten müßte? Ich habe geantwortet, daß ich allerdings der Meinung bin, daß ein Rücktritt der gesamten Regierung notwendig sei, um eine solche Initialzündung herbeizuführen und dem ganzen Volk zu zeigen, daß man aus manchen Fehlern der vergangenen Politik wirklich gelernt hat und daß man mit neuen Kräften und mit neuen Menschen beginnen will, Österreich aus dieser drohenden Katastrophe herauszuführen. Ich habe hinzugefügt, daß nach meiner Auffassung auch ein einfacher Rücktritt der Regierung ohne Zustimmung des Volkes, ohne Befragen des Volkes nicht die gewünschte Wirkung erzielen könnte, daß es meiner Auffassung nach vor allem notwendig sei, das Volk zu befragen, denn niemand anderer als das Volk habe in Österreich zu entscheiden, welcher Weg eingeschlagen werden und wie eine Regierung in Österreich ausschauen soll.

Ich habe daher erklärt, daß meiner Auffassung nach ohne Neuwahlen auch eine solche Umbildung oder Neubildung der Regierung problematisch wäre. Ich habe versucht, mit einigen Argumenten in diesem sehr engen Kreise, ohne jegliche agitatorische Wirkung nach außen hin, zu erklären, warum

mir Neuwahlen notwendig erscheinen. Ich erinnere mich, daß ich in dieser Unterredung gesagt habe: Glauben Sie nicht, daß für uns, für die Kommunistische Partei, Neuwahlen unmittelbar in der allernächsten Zeit aus rein parteiegoistischen Gründen so wünschenswert sind! Ich habe hinzugefügt: Es ist Ihnen allen so klar, wie es mir klar ist, daß, wenn Neuwahlen nach einem zweiten schweren Winter stattfinden, wir Kommunisten zweifellos mehr Stimmen erhielten als bei Neuwahlen vor einem solchen Winter, wo man versucht, alle Kräfte anzuspannen, um eine Katastrophe von Österreich abzuwenden.

Ich habe weiter hinzugefügt, daß nach meiner Auffassung jede österreichische Regierung heute vor so ungeheuer schweren und ersten Aufgaben steht, daß es notwendig ist, auf lange Sicht einen Plan aufzustellen und durchzuführen; daß mein Eindruck ist, daß eine Regierung, die noch Wahlen vor sich hat, gehemmt wäre in der Durchführung eines solchen Planes auf lange Sicht, in der Durchführung von Maßnahmen, die wie in der Währungsfrage und in anderen Fragen wahrscheinlich einschneidende Maßnahmen sein müssen, die möglicherweise in den ersten Wochen und ersten Monaten nicht populär sein werden, sondern sich erst im Verlaufe einer längeren Zeit als nützlich erweisen; daß aus all dem hervorgeht, daß eine Regierung nicht Wahlen vor sich, sondern hinter sich haben müsse, um mit vollen Kräften, mit der Zusammenfassung aller Energie eine solche Planung auf lange Sicht durchzuführen.

Der Herr Bundeskanzler hat mich, ich glaube, es war in diesem Zusammenhang, gefragt: Sie meinen also eine Regierung mit besonderen Vollmachten? Ich habe dies entschieden zurückgewiesen und erklärt: Ich meine selbstverständlich eine parlamentarische Regierung, eine Regierung, deren Programm und deren Maßnahmen vom Parlament beschlossen und vom Parlament getragen werden. Es sei selbstverständlich, daß wir gegen jede wie immer geartete Form einer autoritären Regierung sein werden. Ich habe schließlich darauf hingewiesen: Wozu besondere Vollmachten für eine Regierung, die sich aus allen Parteien zusammensetzen würde, die vom Parlament, von den Parteien getragen wird, aus denen sie sich zusammensetzt?

Der Herr Bundeskanzler hat schließlich — und hier erinnere ich mich wörtlich — erklärt: Ich bin zum Rücktritt bereit. Er hat sich — und hier erinnere ich mich an jedes Detail — an den Minister Kraus gewandt

und hat zu ihm gesagt: Nun, dann werde ich eben nur mehr Parteiboss sein, ich werde als Parteiboss die kommenden Wahlen vorbereiten, und ihr werdet schon sehen, wie gut ich das machen werde! Er hat sich dann weiter — und ich appelliere hier an die Ehrenhaftigkeit des Ministers Kraus und bitte ihn vor dem ganzen Haus, meine Darstellung zu bekräftigen — an den Minister Kraus gewendet und hat erklärt — ich weiß nicht mehr den Wortlaut, aber den Sinn dieser halb lächelnd gesprochenen Worte —: Nun, dann werden wir uns eben auf unsere Bauernhöfe zurückziehen. Es ist ja sowieso viel schöner, im eigenen Haus zu arbeiten, als im Ministerium zu sitzen. — Und ich habe gleichfalls halb lächelnd hinzugefügt: Vielleicht wird der Minister Kraus auch in einer kommenden Regierung Minister für Landwirtschaft sein. (Heiterkeit bei der Österreichischen Volkspartei und den Sozialisten.) Ich erinnere mich sehr genau an diesen Augenblick der Unterredung.

In dieser Besprechung wurde ferner sehr eingehend über die Beziehungen zur Sowjetunion gesprochen. Ich wurde — ich kann mich nicht genau erinnern, ob vom Bundeskanzler oder von seinem Sekretär Dr. Dorrek — gefragt, ob eine solche neue Regierung die Möglichkeit haben werde, das Vertrauen der Sowjetunion zu gewinnen. Ich habe ausdrücklich erwidert: Ich kann hier in keiner Weise im Namen der Sowjetunion sprechen. Ich bin kein Prophet, ich kann nicht voraussagen, was geschehen würde, wenn dies und das einträte, aber es ist meine feste Überzeugung, daß jede österreichische Regierung, die nach keiner Seite hin gebunden ist, die nicht eine Politik einer einseitigen Orientierung macht — und ich habe hinzugefügt, ich würde eine einseitige Ostorientierung für ebenso falsch halten wie eine einseitige Westorientierung —, daß also eine Regierung, die mit freien Händen nach allen Seiten hin eine rein österreichische Politik macht, zweifellos die Möglichkeit haben werde, dieses sehr groß gewordene Mißtrauen zu überwinden.

Ich habe auch — und ich appelliere hier wieder an Minister Kraus — hinzugefügt, und zwar einige Male hinzugefügt, ich könne selbstverständlich nicht irgendeine Erklärung abgeben; ich weiß es nicht, ich kann nicht prophezeien, was die Folgen dieses oder jenes Schrittes wären. Ich könne hier nur meine persönliche Überzeugung, meine persönliche Auffassung bekanntgeben.

Der Herr Sekretär Dr. Dorrek war es, wie ich glaube, der mich dann gefragt hat, ob ich nicht bei den Russen vorführen möchte, ob eine solche Änderung die Situation bes-

sern könnte. Ich habe es entschieden abgelehnt, irgendwie in die Rolle eines Maklers, eines Zwischenhändlers hineinzugeraten, und habe erklärt, das sei nicht meine Aufgabe und ich müsse eine solche Fragestellung zurückweisen.

Es wurde dann in dieser Unterredung unter anderem auch ausführlich über die strittige Frage des deutschen Eigentums gesprochen. Ich habe als meine persönliche Auffassung in der informativen Besprechung genau das wiederholt, was ich in der letzten großen Parlamentssitzung gesagt habe, daß es meiner Meinung nach vier Punkte seien, auf deren Erfüllung jede österreichische Regierung bestehen müsse, gleichgültig, wie sie zusammengesetzt ist, vier Punkte, die meiner Meinung nach das Entscheidende sind. Ich habe darauf hingewiesen, daß ich glaube, daß die bisherige Politik der Agitation, des Appells an das Weltgewissen usw. keinerlei Erfolg gebracht habe, daß man mächtiger Politik machen müsse, und habe die vier Punkte aufgezählt:

1. daß alle strittigen Betriebe mit allen Einrichtungen in Österreich bleiben;

2. daß alle strittigen Betriebe nicht nur nicht stillgelegt werden, sondern daß die Garantie gegeben wird, daß sie mit voller Kapazität arbeiten;

3. daß alle strittigen Betriebe voll und ganz für die österreichischen Bedürfnisse im Rahmen eines österreichischen Wirtschaftsplanes produzieren, und schließlich

4. daß diese Betriebe der österreichischen Gesetzgebung unterstehen.

Das waren die vier Punkte, die ich als meine Auffassung auch in dieser informativen Besprechung genannt habe. Der Herr Bundeskanzler hat mir erwidert: Das würde genügen. Eine Garantie dafür, daß diese vier Punkte, die Sie nennen, erfüllt werden, würde auch nach meiner Auffassung genügen.

Es wurde schließlich von mir abermals die Frage gestellt, ob schon irgendeine Fühlungnahme mit der Sozialistischen Partei erfolgt sei. Es wurde mir geantwortet, das sei noch nicht der Fall, werde aber selbstverständlich geschehen. Und es wurde abermals in diesem Zusammenhang, wie schon bei der ersten Besprechung, die Frage aufgeworfen, ob man eine Zusammenkunft zu dritt ins Auge fassen solle. Ich habe erwidert, daß ich das unmittelbar nicht für zweckmäßig halten würde. Mir würde es richtiger erscheinen, wenn die Österreichische Volkspartei die Fühlungnahme mit der Sozialistischen Partei herstellen und — falls sich eine Übereinstimmung der Gesichtspunkte ergibt — aus einem solchen informativen Kreis heraustreten würde.

Der Herr Bundeskanzler hat mich schließlich gefragt, welche Ministerien meine Partei in einer solchen Regierung beanspruchen würde. Ich habe geantwortet, daß das weit über den Rahmen einer informativen Aussprache hinausgehe und daß ich meiner Partei Bericht erstatten werde, aber darauf keine Antwort geben könne. Schließlich hat Herr Dr. Dorrek dann an mich die Frage gestellt: Können Sie eine Liste vorlegen, wie Sie sich die Zusammenstellung einer solchen Regierung vorstellen? Ich habe geantwortet: Ich bin kein Regierungsmacher; das ist absolut unsinnig, ich kann in keiner Weise eine Regierungsliste vorlegen. Es ist Sache der Parteien, sich über die Mitglieder einer Regierung schlüssig zu werden.

Zum Schlusse hat der Herr Minister Kraus erklärt, er könne also das Gesamtergebnis der Unterredung ungefähr so zusammenfassen: Ihre erste Forderung ist Neuwahlen und eine Regierung, die aus den Neuwahlen hervorgeht. Zweitens — sagte Minister Kraus — haben wir den Eindruck, daß Sie unter Umständen bereit wären, bei einem vollen Rücktritt der Regierung auch noch vor Neuwahlen einer solchen Regierung zuzustimmen. Ich habe geantwortet: Auch das kann man hier nicht bindend beantworten, ich werde aber meiner Partei berichten. Wir sind mit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers auseinandergegangen: Wir werden uns in den nächsten Tagen irgendwie verständigen; es gibt ja in Wien ein Telefon. Das war das Ende der Unterredung.

Es kam zu keiner Verständigung, sondern es kam der unverschämte Lügenbericht im „Wiener Kurier“, in dem erklärt wird, daß eine hohe Persönlichkeit der österreichischen Regierung einer amerikanischen Agentur diese Mitteilungen gemacht habe. Es scheint mir dringend geboten festzustellen: Wer war diese hohe Persönlichkeit der österreichischen Regierung? Denn die Frage dieser verlogenen Information einer amerikanischen Agentur geht noch weit über die Frage der journalistischen Anständigkeit hinaus; sie ist eine Frage der österreichischen Politik. Es ist eine ungewöhnliche Situation, daß, wenn einige Politiker in Österreich zusammenkommen, augenblicklich eine vollkommen verdrehte, entstellte, unwahre Information an amerikanische Agenturen gegeben wird. Wer war die hohe Persönlichkeit der österreichischen Regierung?

Nach dem Erscheinen des „Wiener Kuriers“ wurde ich von dem Abgeordneten Kristofics-Binder, der zu meinem großen Leidwesen in der heutigen Sitzung nicht anwesend ist, angerufen. Er sagte mir am Telefon: Was sagen Sie zu dieser Ungeheuer-

lichkeit, zu dem Querschuß, der abgegeben wurde? Wir sind fassungslos darüber! — Ich habe dem Abgeordneten Kristofics-Binder erwidert: Es ist vollkommen klar, daß jegliche Fühlungnahme zu Ende ist. Ich lasse mir nicht den ungeheuerlichsten Vorwurf bieten, den man einem österreichischen Politiker machen kann, daß er sozusagen als Überbringer des Ultimats einer ausländischen Macht auftritt. Ich bin jetzt absolut genötigt — ich hätte es sonst in loyaler Weise nicht getan —, an die Öffentlichkeit zu treten und zu sagen, was bei diesen Unterredungen wirklich gesprochen wurde. — Abgeordneter Kristofics-Binder sagte am Telefon: Um Gottes willen, was werden Sie da alles bekanntgeben! (Lebhafte Heiterkeit.) — Ich sagte dem Abgeordneten Kristofics-Binder: Ich habe eine solche Erklärung bereits verfaßt und bin bereit, Ihnen diese Erklärung zu zeigen, bevor sie ausgesendet wird. — Abgeordneter Kristofics-Binder sagte, er wäre mir sehr dankbar, wenn ich ihm die Erklärung vor der Publikation zeigen würde. Ich habe unsere Pressestelle — es war ungefähr halb 6 Uhr nachmittags — angerufen und gebeten, man möge mit der Aussendung noch etwas zuwarten. Ich bin mit dieser Erklärung zum Abgeordneten Kristofics-Binder gefahren und habe sie ihm auf seine Bitte gezeigt. Ich glaube, man kann sich in einer solchen Situation nicht anständiger verhalten. Der Abgeordnete Kristofics-Binder hat mir in dieser Unterredung erklärt: Es sei die volle Wahrheit, was in diesem Tatsachenbericht steht, und er sei bereit, das öffentlich zu bekräftigen; er bitte mich nur, einige sehr scharfe Formulierungen aus dieser Erklärung herauszunehmen. Ich habe dieser Bitte augenblicklich Genüge geleistet und habe einige scharfe Formulierungen herausgestrichen.

Während ich noch beim Abgeordneten Kristofics-Binder war, wurde vom Bundeskanzleramt angerufen. Abgeordneter Kristofics-Binder sagte mir, es sei der Bundeskanzler, es war aber, wie sich herausstellte, sein Sekretär Dr. Dorrek. In meiner Anwesenheit hat nun der Abgeordnete Kristofics-Binder mit Dr. Dorrek gesprochen und erklärt: Ja, es ist mir gelungen, ich habe mit Fischer gesprochen, ich habe seine Erklärung gesehen, es ist eine absolut anständige, absolut vernünftige und richtige Erklärung, und ich würde nur wünschen, daß die Österreichische Volkspartei diese Erklärung deckt. Der Abgeordnete Kristofics-Binder hat mir weiter gesagt, es werde zu einer Parteiberatung kommen, und es sei seine feste Überzeugung — ich will hier nicht weitere Namen nennen, die in diesem Gespräch ge-

nannt wurden —, daß es in dieser Sitzung der Österreichischen Volkspartei zu einem kurzen Beschluß kommen werde, der im wesentlichen all das bestätigt, was ich der Öffentlichkeit bekanntgebe.

Sie verstehen, meine Damen und Herren, warum ich auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bestehe: weil ich die objektive Möglichkeit schaffen möchte, daß solche Erklärungen, die man hier nur erzählen, berichten kann, von den Beteiligten als Zeugen abgegeben werden können und daß dadurch die Öffentlichkeit ein wirklich klares und wahrheitsgemäßes Bild von den Vorgängen erhält. Ich halte das, was nachher geschehen ist, für eine Ungeheuerlichkeit.

Ich verstehe vollkommen die schwierige Situation, in die der Herr Bundeskanzler durch die Veröffentlichung im „Wiener Kurier“ geraten ist. Ich hätte erwartet, daß in Konsequenz einer so ungeheuerlichen Tatsache ein solcher Querschuß gegen die österreichischen Interessen, aber, sagen wir es ruhig, auch gegen die Interessen der Partei des Herrn Bundeskanzlers damit beantwortet würde, daß der Mann, der einen solchen Querschuß abgegeben hat, aus der österreichischen Politik hinausgeschmissen wird! Was war aber das Ergebnis? Man hat den Schuldigen, den Karrieristen und Abenteurer, dem kein Mittel zu schlecht war, um als Informator aufzutreten, nicht desavouiert, sondern versucht, ihn mit halben und widerspruchsvollen Erklärungen halb und halb zu decken und sich aus der Situation irgendwie wieder herauszuwursteln.

Ich möchte hier nicht auf alle lächerlichen Widersprüche und einander jagenden Erklärungen hinweisen, daß zuerst erklärt wurde, es sei eine rein gesellige Zusammenkunft gewesen, dann plötzlich erklärt wurde, ich sei in dieser geselligen Zusammenkunft förmlich mit einem Ultimatum aufgetreten, denn es bestände ein Protokoll darüber. Ja, heraus mit diesem Protokoll, wenn es besteht! Alles ungeheuerliche Widersprüche, die zeigen, mit welcher Hast und Unsicherheit alle diese Dinge gemacht wurden, anstatt klar den einfachsten Weg zu gehen, die Wahrheit zu sagen und zu bestätigen und vor aller Öffentlichkeit den Schuldigen zu ermitteln.

Meine Damen und Herren! Ich bin vor allem nach dem Ergebnis der Besprechung durchaus der Meinung, daß das ein falscher, unrichtiger Weg und keine glückliche Methode war. Es scheint mir aber über die augenblickliche Polemik und Diskussion hinaus eines geboten: Die Probleme sind jetzt vor aller Öffentlichkeit aufgerollt, und das ganze Volk spricht über diese Fragen.

Das ganze Volk weiß jetzt, was es die ganzen letzten Monate gespürt hat, daß wir einer ungeheuren, einer immer schwieriger werdenden Situation entgegengehen. In einer solchen Situation scheint es mir geboten, daß alle verantwortlichen Staatsmänner sich ernsthaft überlegen, wie man aus dieser Lage herauskommt und ob es nicht wirklich notwendig wäre, eine Reihe von Konsequenzen und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich will hier ganz offen erklären: Ich glaube nicht, daß es in irgendeinem anderen demokratischen Land in Europa möglich wäre, daß eine Regierung nach all dem, was hier in den letzten Tagen geschehen ist, nicht zurücktritt. Ich glaube, in jedem anderen demokratischen Lande Europas wäre das die notwendige Konsequenz, die aus allen diesen Dingen gezogen würde.

Ich möchte hier wiederholen, was ich bereits in meinem informativen Gespräch gesagt habe, nämlich, daß wir Kommunisten, daß meine Partei bereit ist, an jeder demokratischen Zusammenarbeit, an jeder aufrichtigen Zusammenarbeit teilzunehmen, daß wir der Meinung sind, daß es für die weitere Entwicklung notwendig sein wird, alle Kräfte in Österreich zusammenzuspannen und zu mobilisieren. Allerdings scheint es uns nötig, daß man sich in einer solchen Situation in absehbarer Zeit an das Volk wendet und es befragt, da in einer solchen Situation niemand anderer als das Volk über die Zukunft Österreichs zu entscheiden hat. (Abg. Weinberger: Siehe Ungarn!)

Ich möchte schließlich den Antrag meiner Partei, den ich hier, wie ich glaube, ausreichend begründet habe, verlesen (liest):

„Zur Sicherung des Ansehens des Nationalrates und seiner Mitglieder wird ein Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 53 des Bundes-Verfassungsgesetzes eingesetzt, der feststellen soll, was tatsächlich in den informativen Beprehungen zwischen Politikern der Österreichischen Volkspartei und Abgeordneten Fischer besprochen worden ist und wer die hochgestellte Persönlichkeit der österreichischen Regierung war, die der amerikanischen Agentur „Associated Press“ die Information für ihre verlogene Darstellung der Besprechungen lieferte.

Dieser Ausschuß hat in kürzester Frist dem Nationalrat Bericht zu erstatten.“

*

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt, steht daher nicht in Verhandlung.

Abg. Dr. **Koref**: Hohes Haus! Dieses arme, vom Hunger gepeinigte, von würgenden Nöten heimgesuchte Volk ist über Nacht in eine schwierige politische Krise gezogen worden. Wer ein Land, wer seine Heimat in solcher Zeit, in solcher Lage in eine derartige Krise — fast möchte ich sagen mutwillig, wenn die Hintergründe nicht so verdächtig dunkler Natur wären — führt, läßt nicht bloß schwere Verantwortung, sondern auch schwere Schuld auf sich. Er wird dafür einzustehen haben.

Wie schön wäre es, Hohes Haus, wenn der Herr Bundeskanzler heute hier gestanden wäre, um dem Hohen Hause die Mitteilung zu machen, daß er mit Zielsicherheit und Energie darangegangen sei, das vor Wochen von der Sozialistischen Partei geforderte und vorgelegte, vom Nationalrat einmütig beschlossene wirtschaftspolitische und sozialpolitische Notprogramm Zug um Zug durchzuführen. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Bevölkerung Österreichs hätte ein moralisches und materielles Anrecht darauf, in diesem Jammer grauesten Alltags einen Hoffnungsschimmer auf eine allmählich sich bessernde Lage zu sehen, einen Lichtblick in eine gesichere Zukunft zu tun. Ein Jubelschrei der Erlösung würde durch das Land gehen, wenn der Herr Bundeskanzler von dieser Stelle aus hätte verkünden können, daß nach dem fünfeinhalbjährigen vernichtenden totalen Krieg, nach zweijähriger lähmender Besetzung ein Staatsvertrag in Sicht sei, der ein freies, in seinen Grenzen unversehrtes, lebensfähiges Österreich garantiert.

Nichts von all dem! Ganz im Gegenteil! In einem Zeitpunkt, da der so dringend notwendige Staatsvertrag ferner denn je zu sein scheint — gewiß nicht durch unsere Schuld, nicht durch die Schuld der Regierung, sondern durch die Schuld eines im Grunde genommen von dem kleinen Österreich nicht beeinflussbaren, für uns verhängnisvollen Kräftespiels —, wurde das österreichische Volk vorgestern durch eine Nachricht in den Zustand tiefster Bestürzung versetzt. Diese Nachricht besagte zunächst, daß der geistige Führer der Kommunistischen Partei Österreichs, der Herr Abgeordnete Fischer, erklärt hat, die Sowjetunion würde niemals einen Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnen, solange die derzeitige Regierung am Ruder sei. Die derzeitige Regierung! Das heißt die verfassungsmäßig berufene und rechtmäßig bestellte Bundesregierung. Ein Alarmruf, mißtönig schrill, ein Blitzlicht in einem geheimnisvollen, dunklen Kulissen-spiel.

Wir sind von den Vertretern der Kommunistischen Partei in diesem Hohen Haus und auch außerhalb desselben gewiß allerlei gewöhnt. Jeder einzelne von ihnen ist ein Meisterspieler auf dem gefährlichen Instrument der Demagogie. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Fischer im besonderen ist Ordinarier für diese Kunst (lebhaft Heiterkeit und Zustimmung) und berauscht sich an seiner eigenen Dialektik. Wir haben ihn hier schon wiederholt Gipfelleistungen der Entstellungs- und Verdrehungsartistik vollbringen hören, und es ist vorgekommen, daß ihm sogar das Manuskript den Dienst verweigerte, es sträubte sich gegen den Mißbrauch mit dem geschriebenen und gesprochenen Wort. (Neuerliche Heiterkeit.)

Hohes Haus! Es ist nicht ganz leicht, sich in dem Gestrüpp der gegenseitigen Erklärungen zurechtzufinden, die seitens der Österreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei in der die Öffentlichkeit zutiefst bewegenden und erregenden Angelegenheit bisher abgegeben wurden. Tatsache ist, daß sie einander in den wesentlichsten Punkten widersprechen. Sicher ist auch, daß der Herr Abgeordnete Fischer auch dem Lande, das er trotz aller Beteuerungen mehr zu lieben scheint als seine Heimat, keinen willkommenen Dienst erwiesen hat. Die Enthüllungen haben in Österreich, wie schon gesagt, begreiflicherweise größte Bestürzung hervorgerufen. Da Aussage gegen Aussage steht, ist es im Augenblick sehr schwer für uns, die nackte und reale Wahrheit herauszufinden. Sie wird nach unserer Meinung etwa in der Mitte liegen.

Die erste Frage, die sich naturgemäß erhebt, ist die: Wer hat wen eingeladen? Daß der Herr Abgeordnete Kristofics-Binder heute nicht anwesend ist, bedauern wir und macht uns die objektive Beurteilung des Falles noch schwieriger. (Abg. Fröh-wirth: Er meidet seine Gäste! — Lebhaft Heiterkeit.) Von wem ist also die Initiative ausgegangen? Bekannt ist, daß der Herr Abgeordnete Fischer in den letzten Monaten — davon ging öfter in den Couloirs die Rede — ein starkes Aussprachebedürfnis an den Tag legte. Es paßt daher in das Bild und in den Rahmen, wenn seitens der Österreichischen Volkspartei behauptet wird, daß der Abgeordnete Fischer an den Abgeordneten Kristofics-Binder um Vermittlung einer Aussprache herantreten sei. Der heilige Christophorus trug einst das Jesukind über einen reißenden Strom; Kristofics-Binder trug Fischer zu Figl (schallende Heiterkeit bei den Sozialisten) über das große Wasser, das sonst zwischen ihnen liegt. Es soll eine gesellschaftliche Reunion gewesen sein, die hier sehr maß-

gebende Herren der Österreichischen Volkspartei unter der persönlichen Führung des Herrn Bundeskanzlers mit dem Abgeordneten Fischer zusammenführte. Unwillkürlich fällt einem eine Variation des bekannten deutschen Sprichwortes ein: Sage mir, mit wem du ißt, und ich sage dir, wer du bist! (Neuerliche lebhaft Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialisten.)

Es wäre für die österreichische Öffentlichkeit sehr interessant, ja zur Beurteilung der politischen Seite geradezu entscheidend, zu erfahren, in welchem Stadium der Dinge die Österreichische Volkspartei von dem Schritt des Kanzlers Kenntnis erhielt. Man erzählt sich in ganz Wien, daß Herr Bundeskanzler Figl am Fronleichnamstag von der Prozession weg den privaten Gang zur Kommunistischen Partei getan habe. (Abg. Ing. Raab: Das dürfte Ihnen die Frau Blaschke erzählt haben!) Diese trübe Episode der österreichischen Innenpolitik könnte daher überschrieben werden: Vom Baldachin in Ernst Fischers Laube! (Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. Ing. Raab: Das ist wenig geschmackvoll für den Bürgermeister von Linz! — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Herr Abgeordneter Ing. Raab, ich wundere mich nicht, daß gerade Ihnen diese Angelegenheit sehr peinlich ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Der Herr Bundeskanzler darf sich nicht wundern, wenn ihm angesichts der Haltung der Kommunisten Österreichs, denen die Unabhängigkeit Österreichs einen Pfifferling oder eine Kopeke wert ist, mancher brave Österreicher Gretchens Worte ins Gesicht schleudert: Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh! (Zustimmung bei den Sozialisten.) Im übrigen verdient es ganz besonders festgehalten zu werden: die Kommunistische Partei Österreichs ruft draußen nach Einheit mit uns und wendet sich hinter privaten Kulissen an rabenschwarze Vertreter eines verblichenen Systems. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialisten. — Abg. Widmayer: Endlich sind sie entlarvt!)

Es erhebt sich eine zweite Frage: Durfte sich der Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei, der Chef der Regierung, zu einer solchen privaten Aktion hergeben? Durfte sich Kanzler Figl von Freunden, über deren Treue ihm gegenüber er selbst Bescheid wissen muß, auf so gefährlichen Boden weisen oder locken lassen? Wenn Kanzler Figl politisiert und von Regierungsumbildung und von österreichischen Lebensfragen redet, wie es im Communiqué heißt, dann ist er kein Privatmann, auch dann nicht, wenn es sich

um eine bloß informative Aussprache handelt. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Herr Kanzler! Das Volk Österreichs verlangt keine Hintertreppenpolitik, sondern Brot! Keine Geheimkonventikel, sondern dringendste Bedarfsartikel für den Alltag! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Keine naturwidrige Bettgenossenschaft mit erwiesenen Pseudodemokraten, sondern offene Stellungnahme zu den brennendsten Lebensfragen! Keine Einkehr bei falsch gemeldeter Tafelrunde, sondern Heimkehr der Kriegsgefangenen! (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn ich von Falschmeldung spreche, so möchte ich noch dazu ein paar Worte der Begründung sagen. Die Kommunistische Partei trieft seit zwei Jahren von Patriotismus und Demokratie. Weit aus der größte Teil der Bevölkerung dieses Landes hat es schon erkannt, daß beides eine Maske ist. Herr Fischer und seine Freunde leben seit Monaten von der schrankenlosen politischen Ausbeutung der Not, die wohl eine niederdrückende und verhängnisvolle, aber unausbleibliche Folge des fünfeinhalbjährigen Vernichtungskrieges ist, unter dessen verheerenden Wirkungen die ganze Welt aus den Fugen geraten ist.

Für jede Not weiß die Kommunistische Partei einen schuldigen Ressortminister zu finden, nur für die besonders katastrophal sich auswirkende Stromnot im vergangenen Winter braucht sie hier einen Strohmann, weil Minister Altmann ihr Mann ist. Wehe dem Volk, das nicht reif genug, das nicht einsichtsvoll genug, nicht widerstandsfähig genug ist, dieses demagogische Gehaben zu durchschauen! Es würde eines Tages seine geistige und moralische Schwäche mit dem abermaligen Verlust seiner Freiheit bezahlen, dem Verlust seiner kaum wiedergewonnenen Freiheit.

Voll Bangen blickt das österreichische Volk über seine östliche Grenze, wo ein Nachbarvolk, mit dem es einst sogar in staatlicher Gemeinschaft lebte, unter demokratischer Flagge seine Freiheit zu Grabe zu tragen droht. Just in diesen ernsten Tagen, Herr Kanzler, machten Sie oder machte Ihre Partei — darüber wünschen wir Klarheit — ein Experiment, ohne daß die zweitgrößte Partei in diesem Hause über Ihr Vorhaben informiert wurde, ein Experiment, das Sie unter Umständen auf den Weg der Kleinen-Landwirte-Partei hätte abdrängen können. (Beifall bei den Sozialisten.) Daraus erklärt sich auch die Schockwirkung auf die um ihre Freiheit tief besorgte, in ihrer jüngsten Vergangenheit so hart geprüfte österreichische Bevölkerung.

Ich rufe in dieser Stunde im Namen meiner Partei dem ganzen österreichischen Volk zu: Volk von Österreich, du hast einen allezeit getreuen Eckehard, der dich nicht verläßt, der in ernsten Stunden großer Entscheidungen nicht parteipolitische Erwägungen in den Vordergrund stellt, sondern die staatspolitischen Notwendigkeiten sieht (starker Beifall bei den Sozialisten) und sich nur von diesen staatspolitischen Notwendigkeiten leiten läßt, und das ist die Sozialistische Partei Österreichs! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Auf diese große Partei mit ihrer ruhmvollen Vergangenheit, mit ihrer zielsicheren Gegenwartsleistung können sich und werden sich die Österreicher verlassen. Es gibt keinen ernst zu nehmenden Österreicher, der behaupten könnte, daß meine Partei in diesen schicksalsschweren Monaten nicht dem Staat gegeben hätte, was des Staates ist und was der Staat braucht. Es gibt keinen gut unterrichteten Österreicher, der nicht wüßte, daß wir der Österreichischen Volkspartei unter bisweilen größten Opfern Loyalität und Treue gehalten haben, in der Erkenntnis, daß dies die Grundlage einer Konzentrationsregierung in Katastrophenzeiten ist und sein muß. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wie dankt uns die Österreichische Volkspartei oder ein einflußreicher Teil von ihr diese unsere Haltung? Sie dankt es uns, indem Sie hinter dem Rücken ihres großen Partners zu einer politischen Partei geht, die gerade groß genug ist, um eine mehr oder weniger solide Tarockpartie zu spielen. (Heiterkeit.)

Wieder, Hohes Haus, gehen die Aussagen auseinander. Man weiß nicht, wer wen gefragt hat. Auf die Frage, ob die Sozialistische Partei Österreichs von diesen Verhandlungen unterrichtet wurde, hat der Herr Abgeordnete Fischer — wenn dies wahr ist — in nicht zu überbietender Frivolität geantwortet, das sei zwecklos. Der Herr Abgeordnete Fischer, der erst zwei Jahre alte Demokrat, spielt — laut Darstellung des Herrn Bundeskanzlers — mit dem Gedanken einer „starken Regierung“ unter Ausschaltung des Parlaments! (Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört!) Wenn dies richtig ist, dann befindet sich Herr Fischer in guter Gesellschaft. Von Fey und Starhemberg über Dollfuß und Schuschnigg bis zu Adolf Hitler kennen wir diese Galerie starker Männer! (Beifall bei den Sozialisten.) Die Welt und die Weltgeschichte haben das Urteil über sie gefällt. Herr Abgeordneter Fischer hat anscheinend — wenn die Darstellung, die uns gegeben wurde, richtig ist — den fragwürdigen Ehrgeiz, in dieser Runde Aufnahme zu finden. Was wird der österreichische Arbeiter zu

dieser „auch-demokratischen“ Haltung der kommunistischen Partei sagen? Im übrigen aber würde sie ganz gut in die Systematik hineinpassen, die sich die Kommunistische Partei unter Anlehnung an berühmte Vorbilder zurechtgelegt hat. Sie würde auch zu dem Rezept passen, das Herr Fischer und Genossen in ihrer politischen Sudelküche anwenden möchten.

Herr Bundeskanzler! Sie werden sich daran erinnern, daß die Kommunistische Partei vor wenigen Wochen in ihrem gigantischen Irreführungsfeldzug von einem Geheimpakt gesprochen hat, der zwischen Ihrer Partei und der Sozialistischen Partei Österreichs angeblich besteht! Ich erkläre abermals in aller Öffentlichkeit und mit aller Offenheit, daß so etwas nie existiert hat und auch nie existieren wird. Dieselbe Partei, die eine solche Behauptung hinausstreift, ist nun daran gegangen — oder soll nun daran gegangen sein, wenn die Darstellung, die uns seitens des Herrn Bundeskanzlers gegeben wurde, richtig ist —, mit Ihnen einen Geheimpakt zu schließen. Um eine wesentliche Verstärkung des kommunistischen Einflusses in der Regierung wäre es gegangen, wie es in Ihrer Verlautbarung, in der Verlautbarung Ihres Bundesparteivorstandes heißt, der Herr Abgeordnete Fischer wäre dabei zu einem ganz großen Opfer bereit gewesen, er wäre höchst persönlich in die Regierung eingetreten. (Heiterkeit.) Dieses Opfer hätte er Ihnen, Herr Bundeskanzler, blutenden Herzens gebracht, um Sie und Ihre Partei eines Tages, wenn die Stunde reif geworden wäre, zu opfern. Ersparen Sie mir das drastische Bild vom Fußtritt.

Die innenpolitische Wirkung dieser sauberen Affäre wird einzig und allein durch die klare Haltung meiner Partei paralytisiert. Unser Schild ist blank und rein, das fühlt das österreichische Volk und daran wird es sich auch halten. (Abg. Dengler: „Ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie jener!“) Wir werden es nicht enttäuschen. Das Gezänk aber, wie diese Machenschaften ans Licht gekommen sind, interessiert uns nicht. Wir sind keine Detektive.

Die Kommunistische Partei nimmt wieder einmal Entrüstung. Es ist ja in Österreich sicherlich etwas ganz Ungewöhnliches, daß eine Besatzungsmacht von einem Abgeordneten informiert wird. (Heiterkeit.) Wir lehnen daher den von der Kommunistischen Partei beantragten Untersuchungsausschuß ab, auch schon deshalb, weil der Herr Abgeordnete Fischer — und da spricht bei uns das Rechtslichkeitsgefühl — keine Zeugen für seine Aussagen hat, weil er eben allein an dieser Verhandlung teilgenommen hat

(Abg. Fischer: Trotzdem stelle ich den Antrag auf die Einsetzung dieses Ausschusses! — Ruf bei den Sozialisten: Das Faktum steht fest!) und weil wir uns auch sagen, daß sich eine solche Untersuchung ein halbes Jahr oder noch länger hinausziehen würde und dieses Problem hoffentlich doch in wenigen Wochen schon einer zwar traurigen Vergangenheit, aber doch der Vergangenheit angehören wird. (Beifall bei den Sozialisten.)

Hohes Haus! Die Sozialistische Partei Österreichs ist eine starke Partei, die daran ist, ihre starke Position und ihr hohes Ansehen in der internationalen Welt nach der verhältnismäßig kurzen Zeit seit ihrem Wiedererstehen in vollem Maße zurückzuerobern. Wir haben reichliche Beispiele hierfür. Die Sozialistische Partei Österreichs ist ein Bollwerk, sie ist ein Garant der Freiheit dieses Volkes. Man kann auch hinter ihrem Rücken verhandeln, wenn man krumme Wege zu gehen beliebt und sich dem Verdacht der Felonie aussetzen will, aber sie ist und bleibt ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht, ein Felsblock der Treue und der Liebe zum gesamten österreichischen Volk. Wir sind seit eineinhalb Jahren die unermüdlichen Kämpfer und Streiter für Österreichs Unabhängigkeit. Als der greise und verdienstvolle Ehrenvorsitzende unserer Partei vor Jahresfrist seine Stimme in diesem hohen Hause zu anklagender Wucht verdichtete, um den Schrei nach der Souveränität unseres Landes zu erheben, hatte er das Herz der Heimat und das Ohr der Welt auf seiner Seite. Seine Stimme war unsere Stimme und sie muß und wird schließlich gehört werden. (Starker Beifall.)

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Fischer hat bei diesen geheimen Unterredungen eine Ministerliste präsentiert — wir brauchen sie nicht mehr zu verlangen; er hat ja heute das Geheimnis geküffelt — und er hat dabei auch meinen Namen genannt. Ich weiß aber seiner Darstellung nicht zu entnehmen, ob mein Name seitens der Österreichischen Volkspartei oder seitens der Kommunistischen Partei genannt wurde. (Abg. Ing. Raab: Von beiden!) Meine Herren von beiden Seiten: ich danke dafür! (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten.) Die Sozialistische Partei pflegt ihre Ministerlisten in eigener Regie zu präsentieren. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.)

Meine Damen und Herren! Wir bedauern diesen Vorfall aber auch aus außenpolitischen Gründen. Unser sachkundiger und heißbemühter Ernährungsminister berichtet uns, daß wir für den dringendsten Lebensmittel-

bedarf des österreichischen Volkes bis zur neuen Ernte kaum mehr als zehn Prozent aus eigenen Beständen aufzubringen vermögen. Wir danken es vor allem — und das muß hier ehrlich ausgesprochen werden, weil es eine Dankesverpflichtung ist — den Vereinigten Staaten von Amerika, daß wir noch nicht verhungert sind und, wie uns unser Parteifreund Staatssekretär Korp nach seiner Rückkehr aus Amerika eben melden konnte, auch nicht verhungern werden. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)

Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Glauben Sie wirklich, daß Sie mit solchen dunklen Machinationen das Vertrauen in die Festigkeit der österreichischen Regierung stärken und daß Sie damit dem Volke dienen? Ich will nicht alte Wunden aufreißen, aber in ihrer Partei sind Männer tätig, die einst den Kampf gegen die Demokratie geführt haben, indem sie ihr das Packeln besonders schwer ankreideten, wobei sie damit das naturbedingte Zusammenfinden zu vernünftigen und gesunden Kompromissen gemeint haben. Nun erfährt die staunende und bestürzte Öffentlichkeit, daß Sie — förmlich auf Schleichwegen wandelnd — der Einladung zu dunklen Päckeleien Folge geleistet haben, die unter Umständen sehr verhängnisvoll hätten ausgehen können. So kann man über Schicksalsfragen eines Landes und eines Volkes nicht entscheiden! Wir warnen Sie davor, sich auch nur dem Verdacht auszusetzen, catilinarischen Existenzen ähnlich alles auf eine Karte und noch dazu auf eine falsche Karte zu setzen. Wir rufen Ihnen zu: Es war eine böse Entgleisung! Es ist uns vorderhand unerfindlich, wer oder was das movens agens, der böse Geist, bei dieser gefährlichen Angelegenheit war.

Wir Sozialisten bekennen uns neuerlich in aller Feierlichkeit zur Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien, aber die Zusammenarbeit muß ehrlich sein, und auch das Bekenntnis zur Demokratie darf keine Draperie für faschistische oder diktatorische Geklüfte und Pläne sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Die Welt um uns mahnt uns zu äußerster Vorsicht. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit verpflichten uns zu der Forderung nach Klarheit und nach Wahrheit. Zweideutigkeiten und Intrigen sind vom Bösen. Klingt es nicht wie ein Hohn, wenn Ihnen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, die „Volksstimme“, nachdem Sie Herrn Abgeordneten Fischer vorgestern noch in Ihre Laube geladen hatten, gestern zurief (liest): „Die Anhänger dieser Politik werden es nicht verhindern können, daß auch Österreich den Weg zu einem sou-

verändern, wahrhaft unabhängigen und demokratischen Staat geht.“ Wir stehen vor einem harten Winter. Das europäische Kohlenproblem ist derzeit unlösbar. Es ist sinnlos und es heißt das Volk irreführen, wenn man für unlösbare Probleme eine Partei verantwortlich macht. Es ist eine Sünde wider den Geist der Demokratie, wenn man in einer Konzentrationsregierung sitzt und wider sein besseres Wissen eine hemmungslose Kritik übt. Die Zeit ist zu ernst dazu, so daß man vielmehr alles Trennende und Hemmende nach einer reinigenden Aussprache und Gewitteratmosphäre beiseite stellen und gemeinsam an die Durchführung eines Notprogrammes schreiten müßte, unter entschlossenem Verzicht auf alle politischen Eskapaden und Rankünen. Zuvor aber muß die politische Atmosphäre gereinigt sein. Wir Sozialisten verlangen, ich sage es noch einmal, vor allem Klarheit in diesen Dingen und Geradlinigkeit, dann sind wir zu allem bereit, was das Volk verlangt und was der Heimat dient. Es geht nicht an, daß die „Volksstimme“, das Organ der Kommunistischen Partei, schreibt, das ganze Volk fordere gebieterisch und entschieden, daß durch eine Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte sofort alle Anstrengungen zur Rettung Österreichs und des österreichischen Volkes unternommen werden, und die Kommunistische Partei dann selbst an das mühevoll aufgerichtete Bauwerk der Demokratie Sprengminen legt.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete **Fischer** hat heute sehr viel von dem Vertrauensverlust gesprochen, den die Demokratie in Österreich zu erleiden im Begriffe sei. Er hat in einer militaristischen Anwendung von einer Initialzündung gesprochen. Wir möchten nur hoffen, daß diese Initialzündung nicht wieder mit einem solchen Rohrkrepierer endet, wie es diesmal der Fall gewesen ist. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten.) Es geht aber auch weiterhin nicht an, daß die Österreichische Volkspartei als die stärkste Partei in diesem Staat mit einer Vier-Mann-Partei in geheime Verhandlungen eintritt und sich von dieser förmlich vorschreiben läßt, wer in der Regierung tragbar ist oder nicht (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei.)

Hohes Haus! Wir österreichischen Sozialisten lehnen ausländische Einflüsse jeder Art ab. Wir sind mit heißem Herzen dankbar für die großen Opfer, die die Armeen der Alliierten für die Beendigung des Krieges gebracht haben, für die das Leben sichernde Hilfe, die uns einzelne Staaten angedeihen ließen und angedeihen lassen, damit unser Volk nicht in Hunger und Elend zugrunde-

geht, aber unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Würde sind uns nicht feil! (Beifall bei den Sozialisten.)

Wir haben es schon oft feierlich deklariert und wir tun es heute bei diesem Anlaß abermals: Wir wollen uns weder nach dem Osten noch nach dem Westen hin orientieren oder binden, wir wollen eine österreichische Politik machen, so wie sie das Volk und wie sie die Wirtschaft erfordern.

Leon Blum hat in seinem jüngsten Buch „Blick auf die Menschheit“, die Kommunisten als „ausländische Nationalisten“ bezeichnet. Darin liegt eine tiefe, aber zugleich vernichtende Wahrheit. Wir müssen es nun der Österreichischen Volkspartei überlassen, aus dem tief beklagenswerten Geschehen die ihr notwendig und geeignet erscheinenden Konsequenzen zu ziehen.

Indem wir uns in stolzem Bewußtsein nie versagenden Pflichtgefühls und nie erlahmender Tatbereitschaft von diesem Geschehen und den dafür Verantwortlichen deutlich distanzieren, rufen wir das österreichische Volk zu besonnener und ruhiger Haltung auf. Österreich ist nicht Ungarn! (Starker Beifall bei den Sozialisten.) Die Verhältnisse sind hier ganz anders gelagert. Österreichs Einheit und Österreichs Bestand sind nicht gefährdet, solange sein Volk, allen Schicksalsschlägen und aller Not trotzend, die innere Ruhe und das Vertrauen nicht verliert und Interessenten des Tumults und Spekulanten der Not mit gebührender Geste von sich weist. (Erneuter Beifall.)

Das ist es, Hohes Haus, was wir Sozialisten, wir von der Aufbau- und Freiheitspartei dieses Landes, in dieser Stunde dem Volk zu sagen haben. Es wird uns unsere Haltung mit wachsendem Vertrauen und mit steigender Zuversicht lohnen. (Starker, langanhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Ing. **Raab**: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat heute schon in seiner Erklärung zu dieser Frage, die nun die Presse Österreichs und zum Teil auch die des Auslandes beschäftigt, klar Stellung genommen. Der Bundesparteivorstand unserer Partei hat gestern in einer Entschliebung, die an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, zu dieser Frage ebenfalls absolut klar und eindeutig seine Stellung bezogen.

Eine Besprechung mit dem Herrn Abgeordneten **Fischer** wird heute in ganz ungeheuerlicher und ungewöhnlicher Art in der Presse aufgemacht, als ob es im Parlament oder in einer Demokratie solche politische und wirtschaftliche Besprechungen nicht gäbe. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind es ja gewöhnt, daß eines

Tages die „Volksstimme“ schreibt: „Geheim-pakt SPÖ—ÖVP“ und daß es am nächsten Tag in der „Arbeiter-Zeitung“ heißt: „Geheim-pakt KPÖ—ÖVP“. (Abg. Widmayer: Nur mit dem Unterschied, daß es auch wahr ist!) Nein, sie schreiben das gleiche, sie über-bieten sich gegenseitig in Konkurrenz! Ja, es ist richtig, Herr Abgeordneter Widmayer, daß auch wir, meine Partei und Ihre Partei, verschiedentlich Beziehungen gehabt haben. (Abg. Krisch: Aber nicht in Privat-wohnungen!) Ob in Privatwohnungen oder nicht, auch Sie, verehrte Freunde, haben, wenn ich Ihnen das sagen darf, sehr enge Beziehungen zur Kommunistischen Partei. (Widerspruch bei den Sozialisten.) Darf ich gleich von vornherein darauf hinweisen, daß von der Österreichischen Volkspartei nie-mand mit den Kommunisten per du geworden ist, nur Sie. (Heiterkeit und Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Weiter darf ich festlegen, daß von seiten unserer Partei niemand bevollmächtigt war oder daß kein Beschluß vorgelegen ist, mit dem Herrn Abgeordneten Fischer in Unterredung zu treten, sondern der Herr Abgeordnete Fischer ist, wie er selbst heute hier zugegeben hat, nach der Rede, die er hier am 7. Mai gehalten hat, als er das Parlament verließ, an den Herrn Abgeordneten Kristofics-Binder im Beisein des Ministers Heini mit dem Ersuchen um eine Aussprache her-angetreten. Das haben Sie hier heute, Herr Abgeordneter Fischer, ganz klar und ein-deutig erklärt. Wie weit Ihre weiteren Be-ziehungen, Herr Abgeordneter Fischer, zu dem Herrn Abgeordneten Kristofics-Binder gehen, das entzieht sich vorläufig meiner Kenntnis; ich stelle aber ausdrücklich fest, daß von unserer Partei nicht der Wunsch ge-äußert worden ist, mit Ihnen zusammen-zutreffen.

Weiter darf ich auf folgendes verweisen: Als die Unterredung dann zustande ge-kommen ist, wurde über eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen, wie es bei derartigen Dingen eben Usus ist, gesprochen, und wie es selbstverständlich auch mit anderen Parteien bei jedem Empfang oder sonst irgendwie möglich ist.

Herr Abgeordneter Fischer! Wir haben Ihre Äußerungen zur Kenntnis genommen, und ich habe sie am nächsten Tag pflicht-gemäß dem Herrn Bundeskanzler gemeldet. Sie haben ja selber, Herr Abgeordneter, er-wähnt, daß Sie den Eindruck gehabt haben, daß diese Sache nur ein Gespräch gewesen sei. Eines aber hat uns bei dieser Aussprache frappiert, daß Sie, Herr Abgeordneter Fischer, Ihre Bereitwilligkeit erklärt haben,

in die Regierung einzutreten und den Herrn Minister Altman auszuschneiden. (Heiter-keit und Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ausdrücklich stelle ich auch noch fest, und dafür habe ich schließlich Zeugen, daß Sie es waren, der eine Unter-redung mit dem Herrn Bundeskanzler ge-wünscht hat. (Abg. Fischer: Das ist nicht wahr!) Das ist wahr! Umsonst bin ich nicht mit Zeugen zu dieser Unterredung gegangen. Und ich darf darauf verweisen, daß ich nichts anderes getan habe, als diesen Wunsch dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln. Und nach mehreren Wochen ist, ebenfalls auf eine Reihe von Interventionen von dieser Seite, die Zusage des Herrn Bundeskanzlers erfolgt. (Abg. Fischer: Das ist nicht wahr!) Es haben daher keine Parteienverhandlungen stattgefunden, und es ist überflüssig, in der Presse über diese Dinge ein derartiges Ge-schrei zu machen, denn Parteienverhand-lungen sind ja hier in diesem Hause Usus. Ich habe ja selbst die Ehre gehabt, beim Herrn Sozialminister bei verschiedenen Verhand-lungen über sozialpolitische Gesetze um 11 Uhr nachts einen Schwarzen zu trinken. (Ruf bei den Sozialisten: Aber nicht um über die Regierungsumbildung zu sprechen!) Da-her darf ich auch schließlich ersuchen, daß diese Angelegenheit zum Abschluß kommt. Wir haben in Österreich Wichtigeres zu tun, als über diese Dinge im Parlament zu sprechen. (Lebhafter Beifall bei der Öster-reichischen Volkspartei und der Sozialisti-schen Partei Österreichs.)

Daß die wirtschaftliche Situation in Öster-reich keine leichte ist, das glaube ich, ist keine Neuigkeit, die dem Herrn Abgeordneten Fischer von uns erzählt wurde, sondern die er selbstverständlich genau so weiß wie alle Volksvertreter in diesem Hause. Wir alle wissen, daß Österreich alle Kräfte einsetzen muß, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und um die Not unseres Volkes zu beseitigen und den wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs vorzubereiten. Daß dies geschieht, dafür gibt uns der Herr Bundes-kanzler die Gewähr. Daß er für Österreich schließlich und endlich so viele Jahre gelitten hat, damit dieses Österreich frei und un-abhängig wird, das wissen wir. Wir wollen nicht in diesem Zusammenhange in eine Diskussion eingehen, wer die bravste Partei in diesem Haus ist; das wird ja hier immer wieder erörtert. Selbstlob ist immer be-decklich. Wir wollen die Beurteilung der Politik der Österreichischen Volkspartei der Bevölkerung überlassen. (Beifall bei den Ab-geordneten der Österreichischen Volks-partei.) Wenn hier der Kanzler immer wie-der apostrophiert wird, so darf ich darauf

verweisen, daß diese Regierung eine Konzentrationsregierung ist und daß die Minister der anderen Parteien für die Politik Österreichs die gleiche Verantwortung tragen wie die Minister der Österreichischen Volkspartei! (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Wenn Sie aus dieser Zeitungsaffäre politischen Nutzen ziehen wollen, so ist das Ihr Recht. Wir haben unsere Politik unseren Wählern und sonst niemandem gegenüber zu verantworten. Wir werden darauf verweisen, daß diese Österreichische Volkspartei — gestatten Sie mir, daß ich noch einen Satz sage, denn ich will nicht langseitige Eröffnungen machen — mit ihren Vertretern bewiesen hat, daß sie nicht engherzige Parteipolitik macht, sondern eine Politik für die Befreiung unseres österreichischen Vaterlandes! (Starker Beifall und Händeklatschen bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Präsident: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Vorhang herunter!

Wir kommen zur Tagesordnung.

1. Punkt ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (298 d. B.): Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 19. Oktober 1934, B. G. Bl. II Nr. 316, betreffend das Wasserrecht, abgeändert wird. (**Wasserrechtsnovelle 1947**) (368 d. B.).

Berichterstatter Handel: In Ihrer Hand, meine Damen und Herren, befindet sich die Wasserrechtsnovelle 1947 samt einem eingehenden Bericht, der sich im einzelnen mit den in der Novelle vorgenommenen Abänderungen des bisherigen Rechtszustandes sowie mit gewissen Neuerungen auf diesem speziellen Rechtsgebiet befaßt. Die Notwendigkeit, einzelne Bestimmungen des aus dem Jahre 1934 stammenden Wasserrechtes abzuändern, ergibt sich zwangsläufig aus der Steigerung jener Ansprüche, welche von seiten des öffentlichen Bedarfs und von seiten der privaten Wirtschaft an das österreichische Wassergut gestellt werden.

In diesem Zusammenhang sei nur auf die gesteigerten Ansprüche hingewiesen, die an den österreichischen Wasserschatz durch den nötigen Ausbau von Großwasserwerken für die Energieversorgung gestellt werden, auf die einschneidende Erhöhung des allgemeinen Wasserverbrauchs, hervorgerufen durch die Erfordernisse modernen Städtebaues und erhöhter Wohnkultur, auf das Fortschreiten der Technik auf dem Gebiete der erforderlichen Intensivierung der Landwirtschaft, zum Beispiel durch Bewässerungs- und Be-

regnungsanlagen, auf den erhöhten Nutzwasserverbrauch bei verstärkter Industrialisierung, auf die Erfordernisse des Wiederaufbaues und so weiter.

Um allen daraus entspringenden Anforderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden, müssen zunächst einzelne Bestimmungen des bisher geltenden Rechtes, des Wasserrechtsgesetzes 1934, materiell und formalrechtlich zweckentsprechend ausgeweitet und angepaßt werden. Dabei handelt es sich um einen ersten Schritt einer planvollen Weiterentwicklung des Wasserrechtes, der allerdings bis jetzt nur den gegenwärtig vordringlichsten Notwendigkeiten Rechnung trägt. Weitere Schritte sollen folgen.

An Neuerungen sieht die Wasserrechtsnovelle eine Ermächtigung des zuständigen Ministeriums vor, im Wege von Rahmenverfügungen schrittweise zu einer Großplanung auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft zu gelangen. Gewisse Wasser- und Flußgebiete können danach bestimmten Aufgaben gewidmet und vorbehalten werden. Damit wird Österreich Schrittmacher auf einem Wege, den zu betreten sich auch wasserwirtschaftlich fortgeschrittene Länder, wie es bei der uns benachbarten Schweiz der Fall ist, eben erst anschicken. Welche sachliche Wichtigkeit vorbereitenden Maßnahmen auf dem Gebiet von Großplanungen hinsichtlich der Ausnützung von Wasserkraften für die Elektrizitätsversorgung Europas zukommt, geht unter anderem aus Erklärungen des englischen Außenministers Ernest Bevin im Unterhaus hervor, in denen er auf die Wichtigkeit verweist, im Wege eines gemeinsamen Elektrizitätsverbandes die starken Wasserkraften der Alpenländer zu entwickeln. Hierzu die Wege zu ebnen, dabei aber auch die übrigen wasserwirtschaftlichen Erfordernisse sorgfältig gegeneinander abzuwägen, ist auch eine Aufgabe der vorgesehenen wasserrechtlichen Rahmenplanung. Damit verbunden wird auch die tündlichste Förderung der Gewässerkunde, des hydrographischen Dienstes und eine verstärkte Ob-sorge hinsichtlich der Abwasserfrage getroffen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die Regierungsvorlage zunächst einem Unterausschuß zur Vorberatung zugewiesen. Nach eingehender Durchberatung an Hand des Stammgesetzes wurde die Regierungsvorlage unter Einbeziehung von Abänderungen und Ergänzungen neuerlich textiert und dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt. Dieser hat der vorliegenden Gesetzesvorlage nach eingehender Besprechung einstimmig zugestimmt und stellt

somit den **A n t r a g**, das Hohe Haus wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

*

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Als **2. Punkt** folgt der Bericht des Ausschusses für Handel und Wiederaufbau über die Regierungsvorlage (354 d. B.): Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Wettbewerbsrechts (**Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz** — W-ÜG.) (375 d. B.).

Berichterstatte r **Dr. Kolb**: Hohes Haus! Im Mittelalter hat ein berühmtes Handelsgremium den Namen „Der ehrbare Kaufmann“ geführt. Der freigewählte Name ist ein äußeres Zeichen für das innere Wesen. Das Gremium wollte mit dem Namen ausdrücken, daß ihm nur ehrbare Kaufleute angehören, ja daß — kraft des damaligen Zunftzwanges — nur ein ehrbarer Mann Kaufherr sein konnte. Der ehrbare Kaufmann war auch in der alten Handelsstadt Wien stets geschätzt. Der Schutz des österreichischen Staates hat ihm gegolten, als sich nach Wegfall des Zunftrechtes Leute zum Handelsstande drängten, deren Ehrgefühl nicht sonderlich hoch war. Deshalb hat die österreichische Gesetzgebung im Laufe der Zeit ein vorbildliches Wettbewerbsrecht geschaffen, das, so sehr es sich auch bewährt hatte, nach dem Jahre 1938 — wie eben alles andere Gute — den reichsdeutschen Vorschriften weichen mußte. Es ist ein angebrachter Schritt auf dem Wege der Rechtsvereinheitlichung, daß auch dieses Stück österreichischen Rechtes wieder eingeführt wird. Ich habe deshalb die Ehre, namens des Ausschusses für Handel und Wiederaufbau den **A n t r a g** zu stellen, das Hohe Haus wolle der Regierungsvorlage 354 der Beilagen, betreffend die Wiederherstellung des österreichischen Wettbewerbsrechtes, die Zustimmung zu erteilen.

*

Das Haus beschließt den Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung.

3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (367 d. B.): Bundesgesetz, betreffend die vorläufige Regelung des Rechtsmittelverfahrens in Abgabensachen (**Vorläufiges Abgabenrechtsmittelgesetz**) (376 d. B.).

Berichterstatte r **Müllner**: Hohes Haus! In der Zeit der nationalsozialistischen Verwaltung wurde das alte Berufungsverfahren gegen Steuerbescheide aufgehoben. An seine

Stelle wurde ein neues Rechtsmittelverfahren gesetzt, und zwar das Verfahren der Anfechtung. Durch die am 12. Juni 1946 verlautbarte 31. Kundmachung über die Aufhebung deutscher Rechtsvorschriften wurde dieses Verfahren aufgehoben. Ein neues Verfahren im österreichischen Sinne ist bis heute aber noch nicht beschlossen worden. Hier ist daher eine Gesetzeslücke entstanden. Wir alle wünschen, daß sie ausgefüllt werde, und auch das zuständige Ministerium ist an der Ausarbeitung eines neuen österreichischen Berufungsverfahren interessiert und hat daher die nötigen Vorarbeiten eingeleitet. Da diese Materie sehr umfangreich ist, konnten die Vorarbeiten bisher noch nicht beendet werden. Durch diese Regierungsvorlage soll nun bis zur Inkraftsetzung eines österreichischen Berufungsverfahren das Rechtsmittel der Anfechtung gemäß § 230 der Abgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden, und zwar befristet mit 30. Juni 1948.

Ich bitte das Hohe Haus, der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

*

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung beschlossen.

Es folgt der **4. Punkt**: Bericht und Antrag des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 1. September 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 1685, über die **Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels** (377 d. B.).

Berichterstatte r **Dr. Margaretha**: Hohes Haus! Der Entwurf eines Bundesgesetzes, den Ihnen heute der Ausschuß für soziale Verwaltung als Ergebnis der Beratungen über den Initiativantrag der Abgeordneten **Ing. Raab, Aichhorn** und Genossen vorlegt, entspricht einem einmütigen Verlangen sowohl der Dienstgeber als auch der Dienstnehmer nach Beseitigung der unwürdigen Fesseln der Arbeitsfreiheit, die uns die nationalsozialistische Gewaltherrschaft angelegt hat. Mit Grauen erinnern wir uns an die Zeiten der „Durchkämmung“ der Betriebe, wie der schöne Ausdruck hieß, an die UK-Stellungen und an den Zwang, Arbeit zu den Bedingungen anzunehmen, die der Treuhänder der Arbeit diktiert hatte. Wider Erwarten ist diese Verordnung des Deutschen Reiches vom 1. September 1939 über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels noch immer in Kraft geblieben, und auch jetzt bestehen gewisse Bedenken, diese Verordnung ohne weiteres aufzuheben, da man befürchten muß, daß die Sicherstellung der Arbeitskräfte und

des Berufsnachwuchses für die Zwecke des Wiederaufbaues und der Ernährungssicherung bei den bestehenden Gesetzen nicht genügend gegeben ist. Dieser Meinung steht die Auffassung gegenüber, daß die bestehenden Gesetze über Arbeitspflicht, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung bei strikter Handhabung ausreichen würden, eine volkswirtschaftlich gesunde Lenkung des Arbeitsmarktes zu gewährleisten. Um aber auf alle Fälle Zeit für etwa erforderliche ergänzende gesetzliche Bestimmungen zu gewinnen, soll nach dem Antrage des Ausschusses die Aufhebung der Arbeitsplatzwechsel-Verordnung und aller hiezu erschienenen Durchführungsbestimmungen erst am 31. Dezember 1947 erfolgen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt daher den Antrag, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Abg. Elser: Hohes Haus! Die Hinausgabe der Verordnung vom 1. September 1939 über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels war eine der ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des sogenannten Ministerrates für Landesverteidigung der Hitlerregierung. Zu dieser Verordnung wurden im Laufe des Krieges nicht weniger als acht weitere Durchführungsverordnungen erlassen. Mit dieser Verordnung wurde der Arbeitsmarkt des Dritten Reiches den Bedürfnissen des faschistischen Krieges angepaßt. Mit der Durchführung dieser kriegswirtschaftlichen Planung und Lenkung des Einsatzes der Arbeitskräfte wurden die staatlichen Arbeitsämter betraut. Sauckel, der oberste Sklavenhalter, und seine Reichsverteidigungskommissare schwangen mitleidlos die Peitsche über den arbeitenden Menschen.

Der Sinn und Inhalt dieser Verordnung war kurz folgender: 1. keine Lösung des Dienstverhältnisses ohne Zustimmung des Arbeitsamtes, 2. Meldepflicht der Unternehmer und der Arbeiter, 3. Einstellungsbeschränkungen bei der Aufnahme von Arbeitern, die ebenfalls von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig waren, 4. durfte in dieser Hitler-Verordnung natürlich auch die Ausnahmebestimmung nicht fehlen, daß für die Bonzen und Bönzlein die nötige Dienerschaft beige stellt wird. Für diese waren Ausnahmebestimmungen gegeben, und für die Protektionskinder der Parteibonzen wurden ebenfalls Ausnahmebestimmungen gemacht. Für diese Herrschaften wurde das notwendige Dienstpersonal freigegeben, dafür aber mußten Kinder, Frauen und Greise in die Rüstungsfabriken gepeitscht werden, um dort für den Hitlerkrieg Arbeit zu leisten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist an der Zeit, daß diese Sklaverei der Arbeiter nun endgültig beseitigt wird. Ohne Zweifel, die Freiheit der Arbeiter muß auch in der zweiten Republik erst wiederhergestellt werden. Die nazistische Sklaverei steht in Widerspruch mit den Menschenrechten und der Menschenwürde. Mit dem Aufheben der Verordnung der Hitlerregierung ist aber für unser Land das Problem noch nicht gelöst. Ich glaube im Gegenteil, meine Damen und Herren, das Problem der Neuordnung des Arbeitsmarktes beginnt erst mit der Aufhebung dieser Verordnung, mit der Beseitigung dieser von allen bekämpften Arbeitssklaverei akut zu werden.

Es fragt sich nun: Soll auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes das Spiel von Angebot und Nachfrage Geltung bekommen, soll man auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes einfach das freie Spiel der Kräfte gelten lassen? Ich glaube, daß eine solche Auffassung verfehlt wäre, denn sie würde dazu führen, daß an die Stelle des gewiß bürokratischen Beamten die Portiere bei den Fabrikstoren treten würden. Wir haben keine Veranlassung — dies ist meine persönliche Meinung und auch die Auffassung der Kommunistischen Partei —, die Arbeitsämter zu beseitigen, um an ihre Stelle den Arbeitsmarkt einfach an den Fabrikstoren organisieren zu lassen. Auch diese Entwicklung, auch diese sogenannte völlige Freiheit, auch diese Herstellung des freien Spiels der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt würde wieder zur Sklaverei führen. Wir kennen ja die Dinge von früher her, als eigentlich die Portiere an den Fabrikstoren und die Personalreferenten in den großen Fabriken die gesamte Frage der Ordnung des Arbeitsmarktes und des Einsatzes der Arbeitskräfte in ihren Händen hatten. Das alles haben wir ja selber erlebt. Diese verschiedenen Dinge, die sich in der Zeit des sogenannten steirischen Heimatschutzes und des österreichischen Heimatschutzes abgespielt haben, leben nun wieder in unserer Erinnerung auf. Nein, ein sogenanntes völlig freies Spiel der Arbeitskräfte, des Angebotes und der Nachfrage auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes kann nicht die Lösung dieser Frage sein.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß hier auf jeden Fall eine planmäßige Ordnung einsetzen muß. Man könnte nun entgegnen, dazu haben wir das Arbeitspflichtgesetz. Meine Damen und Herren, das Arbeitspflichtgesetz zeigt in seiner Tendenz eigentlich dieselbe Auffassung wie die Verordnung, die wir heute verabschieden. Auch das Arbeitspflichtgesetz mit seinen Bestimmungen kann unmöglich ein Ersatz für die aufgehobene Verordnung sein. Die Kommunistische Partei

hat auch das Arbeitspflichtgesetz abgelehnt, denn dieses Gesetz kann unmöglich an die Stelle der aufgehobenen Verordnung treten.

Eines ist richtig: Eine planmäßige Lenkung des Arbeitsmarktes zum Einsatz von Arbeitskräften ist notwendig und kann nicht entbehrt werden. Eine Anarchie auf diesem Gebiet liegt meiner Auffassung nach nicht im Interesse der Arbeiter und der Angestellten. Es kommt nur darauf an, was an die Stelle dieser bürokratischen und sklavischen Lenkung treten soll.

Wir sind der Auffassung, daß an die Stelle dieser bürokratischen Lenkung zunächst eine Neuorganisation des Arbeitsmarktes zu treten hat, und zwar eine Neuordnung des Arbeitseinsatzes, der Arbeitsvermittlung und der gesamten Arbeitslosenfürsorge auf dem Wege der Errichtung von Selbstverwaltungskörpern, in denen die Beteiligten, in erster Linie die Arbeiter und Angestellten und schließlich gewiß auch die Arbeitgeber, vertreten sind. Ob in diesen Selbstverwaltungskörpern eine zentrale Anstalt mit Länder- und Bezirksstellen gegründet wird, darüber könnte immer noch beraten werden, und es wird in erster Linie Sache des Sozialministeriums sein, dazu Vorschläge zu machen.

Eines aber ist notwendig, glaube ich: über den Weg der demokratischen Selbstverwaltung sollte ernstlich der Versuch unternommen werden, für die österreichische Volkswirtschaft den Arbeitsmarkt zu organisieren, und zwar bei größtmöglicher Einhaltung der persönlichen Freiheit der Arbeit. Ob dies über den Weg einer Kontingentierung geschieht oder auf einem anderen Weg, das ist sicherlich eine sehr interessante und für einige Millionen versicherter Arbeiter und Angestellten wichtige Frage, doch muß dies einer späteren Gesetzgebung überlassen bleiben. Bevor jedoch die Aufhebung dieser Verordnung wirksam wird, also noch vor Ende dieses Jahres, muß meiner Ansicht nach das zuständige Sozialministerium die auf diesem Gebiet notwendigen legislativen Maßnahmen treffen.

Das ist die Auffassung der Kommunistischen Partei und das ist auch meine persönliche Auffassung in dieser wichtigen Frage der Ordnung des Arbeitsmarktes.

Bei dieser legislativen Ordnung muß meiner Meinung nach zugleich auch das große Kapitel der Berufsberatung, der Berufslenkung, der Ausbildung von Fachkräften für die Industrie und die Landwirtschaft wie der verschiedenen Maßnahmen der Nachschulung und Umschulung eingebaut werden. All dies, diese umfangreiche soziale Materie muß in einem einzigen Gesetzeswerk schließlich eine Ordnung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt herbeiführen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird die Kommunistische Partei diesem Gesetz ihre Zustimmung geben.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich möchte im Zusammenhang mit dieser Vorlage auch hier im Hause zwei Feststellungen wiederholen, die ich bereits im Ausschuß für soziale Verwaltung gemacht habe. Zuerst möchte ich zu diesem Initiativantrag feststellen, daß der erste österreichische Arbeiterkammertag, der am 2. und 3. Februar 1946 zusammengetreten war, die Forderung erhoben hat, daß die Arbeit von jeder Fessel befreit werde, die ihr durch frühere autoritäre Gesetze auferlegt wurde. Zweitens möchte ich feststellen — und das ergibt sich eigentlich schon aus der Person der Antragsteller —, daß hier ja nicht nur Bestimmungen aufgehoben werden, die eine Fessel für die Arbeiterschaft sind, sondern gleichzeitig auch Bestimmungen, die einen gewissen sozialpolitischen Schutz enthalten.

Nach der Fassung unseres Betriebsrätegesetzes, das in den ersten Augusttagen in Kraft treten wird, sind Dienstnehmer in Betrieben von fünf Dienstnehmern aufwärts gegen ungerechtfertigte Kündigungen geschützt, sei es durch ihre Vertrauensmänner, sei es auch dadurch, daß sie selbst die Möglichkeit haben, dagegen die gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Dienstnehmer in den Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten aber werden nach Wegfall dieser Verordnung keinen Schutz haben, weshalb ich diese Beschlußfassung zum Anlaß nehme, um beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, dem die Ausarbeitung der Vorschläge unterliegen wird, schon jetzt den Anspruch anzumelden, daß auch den Beschäftigten in Betrieben mit weniger als fünf Dienstnehmern der volle und der gleiche Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigung in Zukunft durch ein österreichisches Gesetz gewährleistet werde, wie es durch das Betriebsrätegesetz für Beschäftigte in Betrieben mit mehr als fünf Dienstnehmern gegeben ist. Sonst würde die im übrigen durchaus begrüßenswerte Aufhebung dieser Verordnung, die die Arbeiterschaft in der Zeit des Nationalsozialismus als unerträglich empfunden hat, sie gleichzeitig auch eines sozialpolitischen Schutzes berauben, den sie nach unserer Auffassung in nicht allzu ferner Zeit auch in diesen Betrieben sehr notwendig haben wird. (Beifall bei den Sozialisten.)

*

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung beschlossen.

Den **5. Punkt** bildet der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (359 d. B.): Bundesgesetz, womit das Verfassungsgerichtshofgesetz (Verf. G. G.) 1930 abgeändert und ergänzt wird (**Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle 1947**) (382 der Beilagen).

Berichterstatler **Dr. Gschnitzer**: Hohes Haus! So berechtigt die Garantien sind, mit denen der Rechtsstaat die Gesetzgebung versteht, so bedingen sie doch auch eine gewisse Schwerfälligkeit des Apparates. Wenn es sich nun um wesentlich Neues handelt, um Gesetze, von denen Wohl und Wehe des Volkes abhängen, da mag es wohl die Mühe lohnen, den Apparat der gesetzgebenden Körperschaft in Bewegung zu setzen. Lohnt es aber auch die Mühe, wenn es sich nur um rechtstechnische Verbesserungen handelt, um Verbesserungen, die die obersten Verwaltungsstellen ebenso verlässlich und viel einfacher besorgen könnten? Aber wo ist die Grenze zwischen beiden? Es ist doch möglich, daß auch in solchen Fällen aus Anlaß technischer Änderungen Dinge eingeschnuggelt werden, die wesentlich sind. Wir müssen es daher in Kauf nehmen — wenn ich einen vielleicht trivialen, aber doch treffenden Ausdruck verwenden darf —, daß manchmal mit der Gesetzgebungs-kanone auf Spatzen geschossen wird, so bei der zur Beratung stehenden Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle. Sobald die Volksvertretung festgestellt hat, daß keine grundsätzlichen Änderungen erfolgt sind, sondern nur anerkannte Rechtsgrundsätze eingearbeitet wurden und technische Verbesserungen vorgenommen werden, ist ihre Kontrollaufgabe erfüllt.

Der Verfassungsausschuß hat nun, wie Sie aus dem schriftlichen Bericht entnehmen können, festgestellt:

1. Die im Regierungsentwurf vorgelegte Novelle zieht die Folgerungen aus der Novelle des Jahres 1946 über die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das sind also Dinge, über die die Gesetzgebungskörper schon seinerzeit Beschluß gefaßt haben.

2. Sie bringt das Verfassungsgerichtshofgesetz von 1930 in Übereinstimmung mit dem 1945 erlassenen Verwaltungsgerichtshofgesetz.

3. Schließlich ermächtigt sie das Bundeskanzleramt, das Verfassungsgerichtshofgesetz in neuer Fassung wieder zu verlautbaren.

Nach dieser Feststellung hat der Verfassungsausschuß in seiner Sitzung vom 22. Mai die Regierungsvorlage unverändert einstimmig angenommen und stellt den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf, womit das Verfassungsgerichtshofgesetz vom Jahre 1930 abgeändert und ergänzt wird, die verfassungsmäßige Zustimmung geben.

*

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

6. Punkt ist die Wahl eines Ausschusses für Verwaltungsreform.

Abg. **Ludwig**: Ich stelle den Antrag, einen elfgliedrigen Ausschuß für Verwaltungsreform zu wählen, hiebei von der in § 61 der Geschäftsordnung vorgesehenen Wahl der Ausschußmitglieder mittels Stimmzettel abzusehen und diese auf Grund eines dem Herrn Präsidenten überreichten Wahlvorschlages per acclamationem vorzunehmen.

*

Der Antrag wird angenommen und auf Grund des von den Parteien vorgelegten Wahlvorschlages werden die Abgeordneten Eibegger, Fischer, Frisch, Geißlinger, Kapsreiter, Ludwig, Doktor Pernter, Dr. Pittermann, Ing. Schumy, Speiser und Stika zu Mitgliedern,

die Abgeordneten Mark, Honner, Aichhorn, Mayrhofer, Dr. Maleta, Dr. Nadine Paunovic, Hinterndorfer, Hinterleithner, Gassner, Hilde Krones und Petschnik zu Ersatzmitgliedern des Ausschusses für Verwaltungsreform gewählt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Unmittelbar nach der Haussitzung tritt der Ausschuß für Verkehrswesen,

um 15 Uhr der Ausschuß für Handel und Wiederaufbau und

um 16 Uhr der Ausschuß für Vermögenssicherung zusammen.

Die nächste Sitzung wird für den 12. Juni, 9 Uhr, einberufen. Tagesordnung: Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz. Eine Ergänzung wird vorbehalten.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 30 Minuten.